

20. Wahlperiode



Deutscher Bundestag

Enquete-Kommission Lehren aus
Afghanistan für das künftige vernetzte
Engagement Deutschlands

Wortprotokoll der 40. Sitzung

**Enquete-Kommission Lehren aus Afghanistan für
das künftige vernetzte Engagement Deutschlands**
Berlin, den 3. Juni 2024, 13:00 Uhr
Sitzungssaal: 4.900, Paul-Löbe-Haus
10557 Berlin, Paul-Löbe-Allee

Vorsitz: **Serap Güler, MdB (CDU/CSU)**

Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

Einziger Tagesordnungspunkt **Seite 4**

Öffentliche Anhörung zum Thema

**„Die internationale Koordinierung vernetzter
Kriseneinsätze“**

Vorlage zur Anhörung:

Leitfragen an die Sachverständigen
Kommissionsdrucksache 20(28)50

Anlage 1



Eingeladene Sachverständige

Martin Erdmann
Botschafter a. D.
ehem. Beigeordneter Generalsekretär der NATO
für Politische Angelegenheiten
Scharrel/Niedersachsen

Stellungnahme von Martin Erdmann:

Kommissionsdrucksache 20(28)52

Anlage 2

Florian Laudi
Beauftragter für die Vereinten Nationen
im Auswärtigen Amt
Berlin



Mitglieder der Enquete-Kommission (Stand: 03. Juni 2024)

Abgeordnete

Fraktion	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
SPD	Müller, Michael Schmid, Christoph Türk-Nachbaur, Derya	Demir, Hakan Özoğuz, Aydan Sthamer, Nadja
CDU/CSU	Beyer, Peter Güler, Serap Hierl, Susanne	Brand, Michael Bröhr, Marlon Dr. Leikert, Katja Dr.
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Gambir, Schahina Krämer, Philip	Düring, Deborah Spellerberg, Merle
FDP	Gerschau, Knut Sauter, Christian	Jurisch, Ann Veruschka Dr. Müller-Rosentritt, Frank
AfD	Nolte, Jan Ralf	Wundrak, Joachim

Sachverständige Kommissionsmitglieder:

Prof. Dr. Anna Geis

Prof. Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann

Reiner Haunreiter

Prof. Dr. Carlo-Antonio Masala

Dr. Katja Mielke

Winfried Nachtwei

Egon Ramms

Prof. Dr. Ursula Schröder

André Wüstner

Jörg Vollmer

Dr. Ellinor Zeino



Beginn der Sitzung: 13:00 Uhr

**Einziger Tagesordnungspunkt:
Öffentliche Anhörung zum Thema „Die internationale Koordinierung vernetzter Kriseneinsätze“**

Die **stellv. Vorsitzende**: Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich eröffne die Sitzung und begrüße Sie zur heutigen öffentlichen Anhörung der Enquetekommission „Lehren aus Afghanistan für das künftige vernetzte Engagement Deutschlands“. Die Anhörung hat zum Thema „Die internationale Koordinierung vernetzter Kriseneinsätze“, und wir werden gleich zwei externe Sachverständige dazu anhören.

Ich begrüße auch die Gäste auf der Tribüne unseres Sitzungssaals und die Zuschauerinnen und Zuschauer, die die Live-Übertragung unserer Anhörung im Internet verfolgen. Im Namen der Kommission danke ich Ihnen allen sehr herzlich für Ihr Interesse. Ich bin Serap Güler und, wie Sie sehen können, nicht Michael Müller. Ich bin die stellvertretende Vorsitzende der Kommission, und ich leite heute die Sitzung, da der Vorsitzende, Herr Müller, nicht teilnehmen kann.

Ich freue mich, nun unsere beiden heutigen Experten willkommen heißen zu dürfen, Herrn Martin Erdmann, ehemaliger deutscher Botschafter in der Türkei und bei der NATO, sowie zuvor beigeordneter Generalsekretär der NATO, und Herrn Florian Laudi, im Auswärtigen Amt Beauftragter für die Vereinten Nationen und für Terrorismusbekämpfung und, aus unserer Perspektive natürlich besonders interessant, von 2003 bis 2005 Diplomat an der Deutschen Botschaft in Kabul. Vielen Dank für Ihre Teilnahme und Ihre Bereitschaft, später die Fragen der Kommissionsmitglieder zu beantworten. Herrn Erdmann gilt noch unser besonderer Dank für seine vorab eingereichte schriftliche Stellungnahme. Sie wurde den Kommissionsmitgliedern zugeleitet. Ich gehe davon aus, dass sie alle gelesen haben. Die Stellungnahme ist auch auf der Webseite des Bundestags unter dem Eintrag der Enquete-

Kommission verfügbar. Dort findet man auch die Ihnen beiden für die heutige Anhörung übermittelten Leitfragen. Auf der Webseite werden auch die bisherigen Anhörungen angeboten, sowohl als Video zum Nachschauen oder auch bereits aufgearbeitet als Protokoll. Die heutige Anhörung wurde von der Arbeitsgruppe 3 der Kommission, auch Clustergruppe 3 genannt, vorbereitet. Diese Arbeitsgruppe befasst sich mit Fragen der Steuerung, Koordinierung und Einbindung im Zusammenhang mit internationalen Kriseneinsätzen. Ich danke den Mitgliedern und insbesondere den Koordinatoren der Clustergruppe 3, Frau Derya Türk-Nachbaur, Frau Dr. Ellinor Zeino und Herrn Winfried Nachtwei. Die heutige Anhörung soll auch als Grundlage dafür dienen, Handlungsempfehlungen im Bereich der internationalen Koordinierung für künftige Kriseneinsätze zu entwickeln. Das ist für uns ein besonders wichtiges Thema, denn Deutschland handelt grundsätzlich in multilateralen Kontexten innerhalb der EU, der NATO und den Vereinten Nationen. Der Erfolg eines internationalen Kriseneinsatzes hängt auch davon ab, dass dieser möglichst reibungslos gesteuert und koordiniert wird. Wir freuen uns daher auf die Erfahrungen unserer beiden Sachverständigen im internationalen Krisenmanagement, sowohl innerhalb der Bundesregierung als auch in der NATO beziehungsweise bei den Vereinten Nationen. Herr Erdmann und Herr Laudi, Sie haben nun jeweils zehn Minuten Zeit für ein Einführungsstatement. Anschließend folgt ein Austausch mit den Kommissionsmitgliedern. Wir haben uns auf ein moderiertes Gespräch verständigt. Das heißt, das Sekretariat notiert die Wortmeldungen der Mitglieder. Und ich rufe diese dann so auf, dass es einen möglichst ausgewogenen Wechsel zwischen den Fraktionen gibt. Als Orientierung bitte zwei Minuten für die Fragen vorsehen. Wir sammeln die Fragen von drei Mitgliedern und unsere beiden Sachverständigen haben dann jeweils fünf Minuten Zeit für ihre Antwort. Bitte beachten Sie die mitlaufende Uhr, die auf dem Bildschirm angegeben ist, die zeigt Ihnen Ihre verbleibende Redezeit an. Bitte fassen Sie sich kurz, damit möglichst viele drankommen können. Wir haben insgesamt etwa anderthalb Stunden Zeit. Und noch ein technischer Hinweis: Zur Erstellung des



Protokolls erfolgt eine Tonaufzeichnung. Ich weise darauf hin, dass mit Ausnahme von Auftaktbildern zu Beginn der Sitzung keine weiteren Bild- oder Tonaufnahmen gestattet sind. Gibt es bisher Fragen zum Verfahren? Das scheint nicht der Fall zu sein. Das Wort hat jetzt zunächst Herr Martin Erdmann und im Anschluss dann Herr Florian Laudi. Bitte schön, Herr Erdmann.

Martin Erdmann: Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Sehr geehrte Damen und Herren, Mitglieder der Enquête-Kommission sowie die Damen und Herren Sachverständigen, die ich hier begrüßen möchte. In den mir verbleibenden zehn Minuten möchte ich gerne anhand der mir an die Hand gegebenen Leitfragen zwei Schwerpunkte darlegen. Schwerpunkt eins ist der Afghanistan-Einsatz der Nordatlantischen Vertragsorganisation, geläufiger bekannt als NATO. Ich benutze aber ganz bewusst den Begriff Vertragsorganisation. Das ist der eine Aspekt. Da werde ich einige Beobachtungen meiner eigenen Zeit bei der NATO einbringen. Und der zweite Teil sind die tektonischen Veränderungen in der europäischen Sicherheitslage und deren institutionell-operative Konsequenzen. Ich selbst hatte das Glück, 15 Jahre bei der NATO tätig zu sein in verschiedensten Führungsfunktionen, jeweils als Angehöriger des Deutschen Auswärtigen Dienstes, mit einer Ausnahme, nämlich der Zeit, als ich als beigeordneter Generalsekretär abgeordnet war in das internationale Sekretariat. Meine Damen und Herren, mit der Ausrufung des Bündnisfalles im September/Oktober 2001, geriet die NATO schrittweise und ohne definierten Fahrplan, das ist sehr wichtig, zunehmend in das Zentrum der internationalen Aktivitäten und des internationalen Engagements mit Blick auf Afghanistan. Die Allianz wurde so zum Zentrum des Austausches und der Beratungen der internationalen Gemeinschaft. Der Nordatlantikrat war im Maschinenraum sozusagen der Operator, bestehend aus den ständigen Vertretern der Mitgliedstaaten, aber bei Bedarf natürlich auch auf Ebene der Außenminister, der Verteidigungsminister und nicht zuletzt der Staats- und Regierungschefs. Die NATO wurde also der Nukleus der operativen Führung von ISAF, der internationalen Stabilisierungs- und Assistenzformation und diese operative Führung

war dynamisch, sie war nicht vorhersehbar oder planbar. Das heißt, die Führung dieser Operation sowohl auf ziviler, wie militärischer Seite erfolgte in den ersten Jahren und eigentlich immer auf Sicht. Das Thema, das uns hier besonders interessiert, ist die internationale Koordinierung. Dazu ist zu sagen, dass neben den NATO-Nationen, 25, 26, je nach Zeitpunkt, weitere 30 Nationen als nicht-NATO-Nationen beteiligt waren, sowohl im NATO-Rat, also in einem erweiterten NATO-Rat, für den man das ISAF-Format geschaffen hat, wie auch vor Ort im NATO-Hauptquartier in Kabul. In der Spur im Jahre 2010 hatten 130.000 Streitkräfte an der Operation mitgewirkt. Die Vernetzung mit den zivilen Akteuren verlief über die Hauptstädte, von dort wurden die Beiträge eingesteuert, die die Nationen im zivilen Bereich leisten wollten. Ausweislich des Zwischenberichts dieser Enquête-Kommission war diese Koordinierung in den Hauptstädten nicht immer störungsfrei. Die Frage, was kann Abhilfe leisten? Nun aus meiner Sicht könnte das ein nationaler Steuerungsrat für Kriseneinsätze sein oder gar ein nationaler Sicherheitsrat. Letzterer ist aber bis heute nie materialisiert worden, aus Gründen der Koalitionsarithmetik. Die strategische Ebene hinsichtlich der Interaktion mit den zivilen Akteuren vollzog sich im NATO-Rat im ISAF-Format mit der EU, mit den Vereinten Nationen, nämlich UNOCHA, dem Office for the Coordination of Humanitarian Aid, mit IOM und dem IKRK.

Ich möchte jetzt gerne, da die Zeit davonrennt, Ihnen einige persönliche Eindrücke zusammenfassend darlegen. Über die mutmaßlichen Gründe für das Scheitern des Afghanistan-Ansatzes liefert ja der Zwischenbericht bereits zahlreiche Hinweise. Ich möchte aber zusammenfassend festhalten, dass die vielen Nationen und Akteure umfassenden Bemühungen innerhalb der NATO-Strukturen, zivil und militärisch, in ihrer ganzen Intensität, politisch, militärisch und zivil, umfassend und vorbildlich koordiniert wurden, so gut dies unter den volatilen Rahmenbedingungen überhaupt möglich war. Für diesen historisch und in seinen Dimensionen präzedenzlosen multinationalen Einsatz gab es keine Blaupause. Viele Verfahrensabläufe mussten erst konzipiert,



etabliert und eingeübt werden, während die Operation bereits in vollem Gange war. Die nationalen Herangehensweisen an einen solchen komplexen Einsatz mussten mühsam, Stück für Stück, harmonisiert werden. Zu unterschiedlich waren oftmals die sicherheitspolitischen und zivil-militärischen Traditionen und Kulturen in den jeweiligen an ISAF beteiligten Nationen, ich wiederhole die Zahl, 50 in der Spalte. Dies ist damit die erste Schlussfolgerung, die ich ziehen möchte: Jeder multinationale Einsatz à la Afghanistan, Mali oder anderswo, folgt eigenen Gesetzmäßigkeiten, eingebettet in sehr spezifische Rahmenbedingungen und erfordert maßgeschneiderte zivil-militärische Zutaten. Solche Kriseneinsätze sind nicht normierbar. Die weiteren Schlussfolgerungen können Sie meinem Papier entnehmen. Ich sehe, die Uhr läuft davon und die zehn Minuten sind nicht zu überziehen.

Grundsätzlich, und jetzt gehe ich über zu dem zweiten Teil meiner Ausführungen, grundsätzlich bin ich überzeugt, dass es in den kommenden Jahrzehnten nicht erneut zu international breit angelegten und militärisch abgesicherten Krisenstabilisierungseinsätzen kommen wird, siehe aktuell Sudan. Afghanistan und Mali sind aus meiner Sicht Geschichte: Infolge des russischen Vernichtungskriegs gegen die Ukraine sowie seiner neoimperialen Grundausrichtung, im Einklang mit China, dem Iran, Nordkorea und anderen Akteuren, werden wir unsere Sicherheits- und Verteidigungspolitik strikt auf Abschreckung und Bündnisverteidigung ausrichten müssen. Die auf Dauer angelegte und derzeit im Aufbau befindliche deutsche Brigade in Litauen zeigt die Richtung an, in die es künftig gehen wird, nämlich Vorneverteidigung an den Außengrenzen des Bündnisses. Damit tauche ich etwas tiefer ein in den zweiten Teil meiner Präsentation, für die ich noch zwei Minuten habe. NATO oder EU, wer ist aus meiner Sicht künftig im Fahrersitz? Und diese Frage wurde mir so vorgegeben, wie ich sie jetzt vortragen möchte in der Antwort. Wenn es richtig ist, wenn die Analyse richtig ist, dass die sicherheitspolitische Lage in Europa auf unabsehbare Zeit von einem aggressiven, revisionistischen und neoimperialen Russland geprägt sein wird mit globalen Unterstützern, dann ist einzig die NATO mit ihrem transatlantischen Verbund die

Verteidigungsorganisation der Wahl. Und jetzt kommt es: Ohne die singulären militärischen Fähigkeiten der USA, mit ihrem Europa einschließenden nuklearen Schutzschild, wäre die EU mit ihrer GSVP (Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik) auf sich allein gestellt und nicht nur politisch nicht handlungsfähig, Stichwort Ungarn und andere Länder, sondern auch materiell nicht verteidigungsbereit, ja nicht einmal abschreckungsfähig. Ich erinnere an die Äußerung des Heeresinspektors Alfons Mais aus 2022, der formuliert hat „wir sind mehr oder weniger blank“.

So, jetzt muss ich noch weiter abkürzen und möchte gerne zu den Kriseneinsätzen folgenden Akzent setzen, bevor ich dann ende: Ich habe einige Seiten überschlagen, die können Sie nachlesen. Aus meiner Sicht und aus meiner persönlichen Erfahrung aus 15 Jahren der Begleitung der ISAF-Operation, scheint mir klar zu sein, noch so effiziente internationale Koordinierung und vernetzte zivile Akteure kommen an einer unabänderlichen Grundtatsache nicht vorbei. Einsätze wie in Afghanistan oder Mali sind keine linear planbaren Missionen. Das plötzlich auftretende Unerwartete ist die Regel. Die Realität im Einsatzgebiet liegt hinter einer Nebelwand gesellschaftlicher und kultureller Eigenheiten, die mit noch so effizienten nachrichtendienstlichen Mitteln nicht aufzuklären sind. Dieses fehlende Kontextverständnis, gepaart mit der Illusion von Überlegenheit und militärisch-technischer Machbarkeit, hat vor einem weitgehend unbekannten soziokulturellen Hintergrund im Einsatzgebiet wiederholt in die Irre geführt. Ein noch so gut aufgestellter, vernetzter Ansatz, eine noch so gut durchgeplante Verzahnung humanitärer, diplomatischer, militärischer, Entwicklungspolitischer, polizeilicher und ökonomischer Faktoren wird diese Nebelwand nicht auflösen können. Auf dieses unvermeidbare Hindernis wird auch künftig jeder Einsatz aus meiner Sicht früher oder später stoßen. Vielen Dank. Eine Minute und sieben Sekunden habe ich überzogen.

Die **stellv. Vorsitzende**: Vielen Dank, Herr Erdmann. Das sehen wir Ihnen nach und ich bin sicher, dass Sie im Rahmen der Fragerunde noch



die Gelegenheit haben, auf das eine oder andere tiefer einzugehen. Dann würde ich jetzt Herrn Laudi um seine Stellungnahme bitten. Danke.

Florian Laudi: Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, Sachverständige, lieber Herr Botschafter Erdmann, zunächst einmal herzlichen Dank für die Einladung. Ich freue mich hier zu sein und hoffentlich etwas beitragen zu können zu den in Rede stehenden wichtigen Fragen. Vorab, das Engagement in internationalen Kriseneinsätzen ist und wird ein wichtiger Pfeiler der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik bleiben. Das gilt auch unter den veränderten Vorzeichen der Zeitenwende. Konkret heißt es, wir werden Ressourcen und Kapazitäten sicherlich mehr für militärische Krisen- und Stabilisierungseinsätze bereithalten müssen, ohne dabei die Bündnis- und Landesverteidigung zu vernachlässigen. Im Gegenteil, sie wird aufzustocken sein.

Frau Vorsitzende, Sie haben es eben erwähnt, ich war von 2003 bis 2005 an der Botschaft Kabul als damals junger Referent. Das waren faszinierende Zeiten: Nation Building am offenen Herzen. Ich würde das jetzt hier aussparen, weil es sehr persönlich ist, aber stehe gerne für Fragen, die vielleicht von Interesse sind, zur Verfügung. Ich würde gerne in drei Teilen vorgehen. Erster Punkt, politischer Handlungsrahmen, um das Grundverständnis herzustellen. Zweitens, eine skizzenhafte Darstellung zum Status quo heute. Und schließlich drittens, thesenhaft einen Ausblick wagen auf das künftige Engagement der Bundesregierung.

Lassen Sie mich beginnen mit dem politischen Handlungsrahmen, wie wir ihn heute vorfinden. Unsere erste, immer noch relativ neue Sicherheitsstrategie legt sich fest: Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit, vor allem im transatlantischen Bündnis der NATO, ist ein unverzichtbares Fundament und hat leider wieder erheblich an Relevanz zugenommen, was nicht an uns liegt. Zweitens, die gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union kann Beiträge zum Krisenmanagement leisten. Ich komme gleich noch darauf zurück, aber es gibt sicherlich hier nicht unerhebliches

Verbesserungspotenzial. Und drittens, und das blieb bislang heute unerwähnt, Deutschland wird weiterhin Beiträge leisten zu Missionen der Vereinten Nationen, auch militärischer Art. Und die Vereinten Nationen haben 193 Mitgliedstaaten und damit 193 potenzielle Partner, um sich am Krisenmanagement zu beteiligen. Vorab noch ein Wort zu den Verfahren bei der militärischen Beteiligung an Einsätzen. Es gibt hier eingespielte Verfahren, die sich aus unserer Sicht sehr bewährt haben. Das findet auf allen Ebenen statt, unter den Ressorts, vom Referenten angefangen bis zur Staatssekretär:in, bis hin zur Minister:in. Es gibt einen intensiven Austausch mit dem Bundestag. Dort liegt die Letztentscheidung, das muss ich Ihnen nicht sagen, denn dort werden die Mandate beschlossen. Wir unterrichten als Bundesregierung regelmäßig und sind da aus unserer Sicht jedenfalls im steten und konstruktiven Austausch. Wenn Sie mir gestatten, möchte ich noch einen Hinweis geben: Der Koalitionsvertrag dieser Regierung sieht ja eine Evaluierung aller laufenden mandatierten Auslandseinsätze der Bundeswehr vor. Das ist sozusagen noch Work in Progress, aber vorangeschritten. Falls von Interesse für die Enquête-Kommission, wäre es eine gute Gelegenheit, hier zu einem anderen Anlass noch mal in Detail darauf einzugehen. Wo stehen wir nun also heute bei den Auslandseinsätzen? Welchen Status quo haben wir? Von der NATO haben wir eben schon einiges gehört. Das würde ich jetzt nur ungern wiederholen. Ich habe eben die gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union angesprochen. Im Kontext von militärischen Einsätzen gibt es dort Unzulänglichkeiten oder Dinge, mit denen wir umgehen müssen. Zum Beispiel das Phänomen, dass es immer mehr solcher Missionen gibt, weil es immer schwerer fällt, eine Einzelmission einem Ende zuzuführen. Das liegt oft daran, dass der eine oder andere Mitgliedstaat ein besonders ausgeprägtes Interesse hat. Das kann eine kulturelle, traditionelle Verbundenheit sein. Das können aber auch ganz praktische Dinge sein, wie, dass ein Mitgliedstaat den Force-Commander stellt und diesen eben beibehalten möchte. Militärische GSVP-Operationen, also Operationen der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, sind sehr abhängig von den Gestellungen, Kräften,



Fähigkeiten, Operationshauptquartieren der Mitgliedstaaten. Das ist an sich schon mal eine Herausforderung. Denn hier sind es nur 27, die infrage kommen. Und ein letzter Punkt, der trifft auch auf andere Krisenmanagement-Einsätze zu, ist die Schwierigkeit, einen Einsatz zu beenden, weil oft, in der Vergangenheit jedenfalls, nicht von Anfang an mitgedacht wurde: Eine Krise beginnt und eine Krise hat aber auch ein Ende und ist nicht auf Dauer angelegt. Das ist bislang zu wenig berücksichtigt worden.

Ich würde jetzt zum Vereinte-Nationen-Peacekeeping kommen, dem Bereich, den ich im Moment unmittelbar überblicke, den sogenannten Blauhelm-Missionen, ein ganz entscheidendes, zentrales Instrument für die Friedenspolitik der Vereinten Nationen. Ein anderes operatives Element wäre die Frage von Sanktionen, ein weiteres die sogenannten guten Dienste des Generalsekretärs. Das sind im Grunde die drei operativen Schwerter, mit denen wir schlagen können. Wir, Deutschland, haben uns da in den letzten Jahren ein, man kann fast sagen, ungewöhnlich hohes Profil erarbeitet, vor allem durch den Einsatz bei MINUSMA, der weithin anerkannt war und in der Quantität ungeheuer ausgeprägt war, um es mal so zu formulieren. Es gibt aber andere wichtige Missionen, die auch noch nicht beendet wurden, wie zum Beispiel UNIFIL. Das ist diese Woche wieder im Bundestag zur Verlängerung des nationalen Mandats, wo wir einen wichtigen Beitrag leisten, um einen regionalen Flächenbrand zu vermeiden. Die Rahmenbedingungen haben sich trotzdem hier grundlegend geändert. Noch vor wenigen Jahren hatten wir über 100.000 VN Peacekeeper. Das ist mittlerweile auf etwas unter 80.000 gesunken. Das spricht schon für sich. Es gibt Schwierigkeiten bei Mandatierungen, insbesondere Neumandatierungen. Das liegt an der geopolitischen Gesamt- oder Großwetterlage. Es wird immer schwieriger, sich im Sicherheitsrat, insbesondere unter den ständigen Mitgliedern, die ein Vetorecht haben, auf Mandate zu einigen.

Ich käme damit zum dritten Teil, nämlich unserem künftigen Engagement. Wir als Deutschland sind weiterhin bereit, Mitverantwortung zu übernehmen, auch wenn sich Parameter verschoben haben. Ja, unsere

Sicherheit hier zu Hause ist unter stärkerem Druck. Trotzdem, und wie gesagt, da ist die Sicherheitsstrategie eindeutig, wollen wir auch andernorts weiterhin Verantwortung übernehmen. Nicht zuletzt deshalb, um die internationale Ordnung, insbesondere in unserer Nachbarschaft, aber nicht nur dort, aufrechtzuerhalten. Das liegt letztlich in unserem Interesse, wie in den Interessen der betroffenen Staaten. Das erfordert erhebliches personelles Engagement. Es wird wahrscheinlich, und da bin ich bei dem anderen Sachverständigen, nicht das Ausmaß von MINUSMA haben mit über 1.000 deutschen Soldatinnen und Soldaten, sondern möglicherweise etwas weniger umfangreich, aber es wird weiterhin eine Rolle spielen. Wir reduzieren unser Engagement im Ausland, im Krisenmanagement, nicht auf die militärische Komponente, sondern denken ganzheitlich auch an Krisenprävention. Das heißt, wir betreiben auch friedenserhaltende Maßnahmen, humanitäre Hilfe, womöglich diplomatische Initiativen. Deswegen haben wir uns entschieden, 2025 den Vorsitz in der VN Peacebuilding-Kommission zu übernehmen. Es gibt kaum einen besseren Ort, wo wir den Integrierten Ansatz, also wo alle verschiedenen Rädchen ineinander greifen, erleben können. Wir machen das auch ganz praktisch, bei UNMISS im Südsudan, einer anderen Mission, in der Deutschland militärisch engagiert ist, werden wir wieder Polizisten hinschicken, also ein anderes wichtiges Element. Ich teile die Einschätzung, dass die Zeit neuer großer landbasierter Einsätze, Missionen, zunächst einmal vorüber ist. Mali hat uns das gelehrt. Im Kongo ist es nicht einfach. Es gibt einige Gegenbeispiele, aber im Moment ist nicht absehbar, dass wir in kürzerer Zeit jedenfalls entsprechende neue Mandate mit Missionen von 20.000 Soldaten auf die Beine stellen können.

Ich möchte einen letzten wichtigen Punkt machen, vielleicht der wichtigste. Wir müssen, wenn wir nach vorne schauen, unser Ambitionsniveau anpassen. Wir werden nicht die Schweiz in Zentralasien aufbauen. Wir bringen Länder, die aus einer anderen Zeit, aus einer anderen Kultur kommen, nach vorne. Aber das sollte behutsam passieren. Vielleicht weniger überambitionierte Transformationsziele und mehr Status quo, im besten Sinne des Wortes



selbstverständlich. Dann ist es auch einfacher, den Exit irgendwann wieder zu finden. Ich würde es jetzt hierbei belassen, weil die Zeit um ist. Ich freue mich auf die Diskussion mit Ihnen.

Die stellv. Vorsitzende: Herr Laudi, vielen Dank auch Ihnen. Wir fangen mit den Fragen der Kolleginnen und Kollegen an. Als erstes hat sich Herr Gießmann zu Wort gemeldet, dann habe ich Frau Gambir und dann Frau Schröder auf der Liste.

SV Prof. Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Vielen Dank, Herr Botschafter Erdmann. Ich habe zwei Fragen. Die erste Frage bezieht sich auf Ihren Punkt 8.1 der schriftlichen Stellungnahme, wo Sie sagen, dass das Scheitern von Einsätzen den Appetit reduziert hat, sich auf Jahrzehnte in große Unternehmungen hineinzuvergeben. Ob auf Jahrzehnte, das lasse ich mal dahingestellt sein. Wir wissen, die Welt dreht sich sehr schnell. Aber die Frage, die ich habe: Sehen Sie nicht die Gefahr, wenn Sie sagen, dass die Gegenwart und vor uns liegende Zukunft auf strikter Abschreckung beruht, wir nicht den Fehler reproduzieren, der in den 90er-Jahren gemacht worden ist, nämlich hauptsächlich auf ein Instrument zu setzen und das andere Instrument zu vernachlässigen. Geht es nicht darum, klüger internationales Krisenmanagement und Abschreckung oder Sicherheitsvorsorge miteinander zu verzahnen? Und die zweite Frage, die schließt sich im Prinzip daran an. So wie Sie es beschreiben, sehe ich eigentlich das Ende des Harmel-Ansatzes erreicht, der Abschreckung, Sicherheit und Dialogbereitschaft zusammengefügt hat. Der Harmel-Ansatz ist die Kombination von Abschreckung und Dialogbereitschaft. Wir wissen aber ja, dass ohne Dialog Abschreckung scheitern kann. Da würde ich nochmal um ein paar erklärende Worte bitten.

Abg. Schahina Gambir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Vielen Dank auch an Sie für die Vorträge. Ich habe Fragen an Herrn Erdmann, die sich auf Ihre schriftliche Stellungnahme beziehen. Die erste Frage ist, Sie erwähnen, dass es regelmäßige Beratungstreffen zwischen ausgewählten internationalen zivilen Akteuren gegeben hat. Und die Frage, die ich mir da gestellt habe,

können Sie vielleicht genauer auf diese Beratung eingehen und sagen, ob es nach diesen Beratungen beispielsweise auch Strategieänderungen gegeben hat? Waren das Beratungen, die einfach nur dazu führen sollten, dass erstmal informiert wurde, oder wurden da tatsächlich auch Änderungen vorgenommen? Und das Zweite ist, das haben Sie auch in Ihrer Stellungnahme erwähnt, dass es unterschiedliche nationale Herangehensweisen gibt für internationale Einsätze, die auch harmonisiert werden müssen. Haben Sie da in der letzten Zeit diese Harmonisierung wahrgenommen? Und vielleicht, wo würden Sie sich da noch mehr wünschen?

SVe Prof. Dr. Ursula Schröder: Vielen Dank. Zwei Fragen an Herrn Laudi. Eine zur Stärkung der UN-Friedenssicherung. Die befindet sich ja bekanntermaßen in einer längeren Krise. Und die Etablierung neuer UN-Friedensmissionen steckt ebenfalls in einer Krise. Was ist denn die Planung in Ihrem Haus, was die Einbettung oder die Umsetzung von deutschen Kapazitätszielen für die Entsendung von Personal auch in solche Missionen vorsieht? Gibt es da Möglichkeiten, den deutschen Beitrag zur Förderung der UN-Friedensmissionen zu stärken? Und der zweite Punkt ist die Frage der Evaluationen. Sie hatten angesprochen, dass die mandatierten Missionen evaluiert werden sollten oder das bereits auch schon sind, wie im Fall Afghanistan. Da fragen wir uns als Enquete-Kommission, was mit den Evaluationsergebnissen im Idealfall passieren sollte. Das heißt aus Ihrer Perspektive: Was wäre denn ein robuster Weg, ein robustes Verfahren, um mit den Evaluationsergebnissen in den Ressorts auch so umzugehen, dass die Gehör finden? Vielen Dank.

Die stellv. Vorsitzende: Dann würde ich sagen, ist das erst mal die erste Fragerunde. Gerne die Antworten und dann machen wir im Dreier-Block weiter.

Martin Erdmann: Die erste Frage ist die von Herrn Prof. Gießmann zur Abschreckung, welche Instrumente nutzen wir und so weiter. Grundsätzlich habe ich mich dafür entschieden, in meiner Präsentation, auch in der schriftlichen



Präsentation, sehr ausgesprochen, sehr klar zu sein. Eine zehnminütige Präsentation eignet sich eben nicht dazu, zu nuanciert zu argumentieren. Natürlich bedarf es neben der Abschreckung auch solcher Instrumente, wie sie im Harmel-Report niedergelegt sind, bedarf es des Dialogs. Ich erkenne aber nicht, und das will ich an dieser Stelle sehr deutlich sagen, dass es auf Seiten des russischen Aggressors irgendwelche Signale oder irgendeine Bereitschaft gibt, von seinem „Vernichtungstun“ gegenüber der Ukraine Abstand zu nehmen. Es gibt im Gegenteil, wie wir gerade in Cherson erleben, Steigerungen dessen, was sich an Angriffskrieg und an Vernichtung abspielt. Und deshalb, glaube ich, sind wir in einer Zeit angekommen, wo wir unsere Sicherheit in Europa dadurch garantieren müssen, dass wir unsere Abschreckung mit dem Ziel einer Kriegsvermeidung, so wie das Herr Bundeskanzler immer wieder unterstreicht, steigern müssen. Sollte es Signale geben aus Moskau oder andernorts, Iran oder China oder Nordkorea, dass man gerne wieder mit uns redet, statt die Waffen sprechen zu lassen, werden wir das ganz sicher annehmen, unabhängig von dem Aufbau unserer Abschreckungsfähigkeit. Damit, glaube ich, habe ich die Frage zu Harmel und zu Dialog gleich mit beantwortet. Dann würde ich gerne die Frage von Frau Gambir beantworten. Nämlich, gibt es bei der Abstimmung mit internationalen Akteuren auch Korrekturmöglichkeiten? In der Tat gibt es die. Ich kann mich jetzt nicht mehr im Detail daran erinnern, weil es viele Jahre zurückliegt, wo das im Einzelnen der Fall gewesen ist. Das Ziel jedenfalls unserer regelmäßigen Kontakte auf Ebene des NATO-Rats war es, mit ganz wichtigen internationalen Akteuren die Situation zu vergleichen, sich auszutauschen und dann möglicherweise daraus Schlussfolgerungen zu ziehen. Wie gesagt, ich erinnere mich jetzt nicht an konkrete Entscheidungen in dieser Hinsicht. Was sind die unterschiedlichen kulturellen Herangehensweisen? Um es mal auf einen Punkt zu bringen, da gibt es zum einen Nationen, die der Auffassung sind, der Antiterrorkampf steht im Vordergrund und alles muss militärisch fokussiert sein. Es gibt andere Nationen, dazu zählen wir, die eine nachhaltige Entwicklung für richtig halten. Ich nenne das mal den Brunnenbau. Diese Ansätze galt es vor allem in den ersten Jahren von ISAF in Übereinstimmung zu bringen. Das

geschah ständig am Verhandlungstisch in Brüssel. Das war die vornehmste Aufgabe des NATO-Rats in unzähligen Sitzungen, die unterschiedlichen Sichtweisen und Kulturen und Herangehensweisen bei dieser umfassenden zivil-militärischen Operation zu harmonisieren.

Florian Laudi: Ich würde mich beschränken auf die beiden Fragen von Professorin Schröder, die an mich gerichtet waren. VN, Friedensmission in der Krise, wie können wir das stärken? Ich habe es eben angedeutet, indem wir uns weiterhin mindestens an den Missionen beteiligen, an denen wir im Moment mitarbeiten. Ich beschränke mich jetzt auf das Militärische. Das wäre einmal UNMISS im Südsudan. Da haben wir einige Beobachter, die sehr anerkannte Arbeit leisten. Das wird jetzt verstärkt auch durch ein Polizeielement. Selbstverständlich bei UNIFIL, insbesondere der maritimen Komponente mit unserer Fregatte und der Führung, die wir dort übernommen haben. Was die mandatierten Einsätze angeht, bei MINURSO Westsahara haben wir einige Beobachter. Ich habe eben gesagt, das Ausmaß, wie wir es bei MINUSMA Mali hatten, war historisch gesehen sehr ungewöhnlich und ist unter spezifischen Umständen entstanden. Das zeichnet sich im Moment, würde ich mal behaupten, andernorts nicht ab. Wie können wir es denn aber stärken über den Tag hinaus? Ich glaube, das wäre die eigentliche Frage. Ich sehe hier zwei eher diplomatische, außenpolitische Prozesse. Das eine ist der VN-Zukunftsgipfel, der im September stattfinden wird, den Deutschland zusammen mit Namibia fazilitiert. Da geht es um viele Fragen der Nachhaltigkeit, des Klimas, aber eben auch Außen- und Sicherheitspolitik, Peacekeeping. Das ist zumindest geeignet, mehr Aufmerksamkeit auf das Thema zu lenken und eine Grundlage zu geben, auf der wir dann unsere Anstrengungen mit vielen Partnern in den Vereinten Nationen gemeinsam vertiefen können. Der letzte Punkt dazu, es gibt seit etwa zehn Jahren, das war mal ursprünglich eine Obama-Initiative, das sogenannte Peacekeeping Ministerial, also Treffen der Außen- und Verteidigungsminister zur Fortentwicklung und zum Einmelden von Peacekeeping-Leistungen. Da haben wir uns zusammen mit den Kolleginnen und Kollegen im Verteidigungsministerium bereit erklärt, im Mai nächstes Jahr, also Mai 2025 hier



in Berlin, den nächsten Gipfel auszurichten. Wir stellen uns vor, dass wir dort wieder die Pledges einsammeln, die Zusagen, aber auch die Frage etwas enger beleuchten, die Sie aufgeworfen haben. Wie geht es mit dem Peacekeeping eigentlich weiter? Wie sieht die Zukunft aus? Wie können wir das stärken? Und dazu wird es eine Reihe von Vorkonferenzen geben und auch einen Bericht zusammen mit dem VN-Sekretariat. Wir sehen das als eine Chance, das Thema auf die nächste Stufe zu heben. Der zweite Punkt: Evaluierung an die Enquête-Kommission, selbstverständlich, das ist auch mein Verständnis. Ich kenne die Version, die wir zusammen mit dem Verteidigungsministerium vorbereitet haben. Das dreht mit Sicherheit noch einige Runden. Was Afghanistan angeht, ist es, wenn ich richtig informiert bin, so, dass zu den zivilen Aspekten des Krisenmanagements sich die zu beteiligenden Ressorts, das ist ein weiterer Kreis, das noch mit dem Innenministerium und dem Entwicklungshilfeministerium zusammen vornehmen. Ich stelle mir vor, wie können wir das dann umsetzen, wie passiert das auch, was da drinsteht, dass wir das zum Beispiel hier, aber auch mit Partnern, offen diskutieren, Feedback einsammeln. Und wenn dann die Dinge, auf die wir gekommen sind, auf Unterstützung treffen, dass wir die dann umsetzen, wenn es zu neuen Mandaten kommt, beziehungsweise auch mit Blick auf die bereits laufenden Operationen und Missionen.

Die **stellv. Vorsitzende**: Vielen Dank. Wir machen weiter mit der Frau Zeino, Türk-Nachbaur und dann Herrn Gerschau, bitte.

SVe Dr. Ellinor Zeino: Vielen Dank. Meine Frage geht sowohl an Herrn Botschafter Erdmann als auch an Herrn Laudi. Sie hatten beide dargestellt, dass die zukünftigen Einsätze sich mit neuen Herausforderungen auseinandersetzen müssen. Und für uns in der Kommission ist es auch wichtig, dass wir nicht die perfekten Lehren für Einsätze der Vergangenheit entwickeln, sondern die Zukunft mit im Blick haben. Und hier ist meine Frage: Nach welchen Kriterien sollte sich Deutschland in Zukunft weiterhin für Kriseneinsätze entscheiden oder vielleicht auch gegen einen Einsatz entscheiden? Wo sollten wir die Prioritäten setzen? Wann sollte Deutschland

sich vielleicht auch für eine Führungsrolle entscheiden? Wann vielleicht auch nicht? Was sind Ihrer Meinung nach die wichtigsten Prioritäten und Entscheidungskriterien? Dankeschön.

Abg. Derya Türk-Nachbaur (SPD): Vielen Dank, Herr Erdmann und Herr Laudi, für Ihre Ausführungen. Meine beiden Fragen gehen an Herrn Erdmann. Sie haben in Ihrer Stellungnahme und auch bei Ihren jetzigen Ausführungen von der Dynamik der NATO gesprochen und von den Herausforderungen für die zivil- und militärische Koordination und dass es da Reibungsverluste gibt. Wie müssten denn künftige NATO-geführte Einsätze oder Missionen aussehen, um diese Reibungsverluste so gut wie möglich zu minimieren? Denn die müssten ja passgenau sein, da haben Sie vollkommen recht. Nur lässt sich diese Passgenauigkeit mit Blick auf Reibungsverlust auch so gestalten? Meine zweite Frage. Sie haben die NATO als die Verteidigungsorganisation der Wahl benannt mit Blick auf ein mögliches Szenario von Trump II. Was würde das für die NATO bedeuten? Wie ließe sich das umstrukturieren? Das ist, glaube ich, eine spannende Frage, die uns hier alle umtreibt. Danke.

Die **stellv. Vorsitzende**: Herr Gerschau.

Abg. Knut Gerschau (FDP): Ja, vielen Dank, Herr Laudi. Wie hat sich die deutsche Außenpolitik in Bezug auf die Vereinten Nationen seit dem Beginn der Zeitenwende verändert? Welche Rolle kann und sollte Deutschland vor dem Hintergrund der Zeitenwende in den Vereinten Nationen einnehmen? Sie sprachen eben von der Idee, das Feld Peacekeeping zu übernehmen. Und zweitens, Herr Laudi, welche Lehren haben Sie aus Ihrer Arbeit in Afghanistan und auch anderen Einsätzen gezogen, die auf die entwicklungspolitische Arbeit der Vereinten Nationen übertragen werden können?

Martin Erdmann: Zur ersten Frage von Frau Zeino. Kriterien für mögliche künftige Einsätze von Kriseneinsätzen. Davon sprechen wir. Wir sprechen nicht von Territorialverteidigung, natürlich nicht. Also, über diese Frage habe ich nicht vertieft nachgedacht und ich habe auch



keinen Zugriff mehr auf die schlauen Überlegungen, die dazu im Auswärtigen Amt angestellt werden. Mein Hauptkriterium sind die Ressourcen, also eine fiskalische Frage. Wie viel Geld bleibt uns? Siehe die Diskussion um die 100 Milliarden, siehe die Diskussion um die deutsche Brigade in Litauen, siehe die Diskussion um unseren derzeitigen Verteidigungshaushalt, siehe die Diskussion um „Wir sind fast blank“. Also, ich höre immer als Hauptkriterium die Frage, können wir uns das noch leisten? Ich glaube, dass künftig, mein Kollege wird mir widersprechen, diese Frage im Vordergrund stehen wird. Was können wir fiskalisch unserer Gesellschaft, den Wählerinnen und Wählern, zumuten, angesichts der knappen Ressourcen in vielen anderen Bereichen, die ich hier nicht aufzählen muss. Das ist aus meiner Sicht das Hauptkriterium. Dann gibt es sicher wünschenswerte Beteiligungen an Einsätzen. Das sind dann Entscheidungen, die im Lichte der internationalen Lage ad hoc geklärt werden müssen. Wie gesagt, in Abgrenzung zu den vorhandenen Mitteln.

Dann die Frage von Frau Türk-Nachbaur. Ich beginne mit der zweiten Frage, nämlich Trump. Das ist natürlich die One Million Dollar Question. Ich erlebe die amerikanische Diskussion lagerübergreifend so, dass der mit der Obama-Administration begonnene Isolationismus der USA, wie wir das in der Vergangenheit auch schon erlebt hatten im letzten Jahrhundert, sich verschärft fortsetzen wird. Nun kann man annehmen, dass die USA, egal unter welchem Präsidenten, ob Trump nun wieder einer wird, das wissen wir alle nicht, aber egal unter welchem Präsidenten, werden die USA Interesse daran haben, dass das gegenüberliegende Ufer des Atlantiks mit ihrer Hilfe in einem Zustand bleibt, der dem heutigen ähnelt. Mit anderen Worten, nicht eine von Russland dominierte Kolonie wird. Also, deshalb glaube ich, werden auch in Zukunft die USA, trotz aller Herausforderungen durch China, Taiwan, etc., an unserer Seite bleiben, wenn, und jetzt kommt es, wenn wir als Europäer im NATO-Rahmen zeigen, dass auch wir unseren Beitrag leisten wollen. Ich sage jetzt etwas sehr Zugespitztes in diese politische Runde hier. Ich höre oftmals von meinen amerikanischen Gesprächspartnern, mit denen ich noch immer Kontakt habe, darunter einige NATO-Botschafter

der USA, aber auch andere, die mir sagen, ihr könnt euch gar nicht vorstellen, was in der Diskussion bei uns zu Hause alles so besprochen wird. Da wird zum Beispiel als Argument herbeigeführt, wir haben es den Europäern über Jahrzehnte ermöglicht, ihre Sozialstaaten zur Blüte zu verhelfen, indem wir Amerikaner den Europäern die Lasten der Verteidigung übernommen haben. Und der Konsens in den USA lautet, das ist ein für alle Mal vorbei. Und das ist vorbei unter Trump II, aber das ist auch unter Biden II vorbei. Das heißt, wir müssen uns darauf einstellen, dass wir eine bittere Diskussion führen müssen in Europa, und wenn wir die Schuldenbremse nicht abhaken wollen, dann werden wir uns mit den verfügbaren gigantischen Steuereinnahmen, die wir haben, über die Frage klar werden müssen, was ist uns die Verteidigung wert und wo müssen wir möglicherweise an anderer Stelle ein bisschen zurückfahren, ohne dass wir unseren Wohlstand, in dem wir üppig leben seit Jahrzehnten, allzu sehr gefährden. Das ist meine Antwort darauf. Ich bin Gott sei Dank nicht mehr Beamter des Auswärtigen Amtes und muss aus meinem Herzen keine Mördergrube machen und stelle Ihnen das so offen und ungeschützt vor.

Kriseneinsätze, Reibungsverluste, wenn Sie in mein Papier blicken, werden Sie sehen, das Unerwartete ist die Regel und Reibungsverluste sind unvermeidbar. Die muss man dann korrigieren, wenn sie auftreten. Dafür gibt es den NATO-Rat, dafür gibt es das ständige Gremium in der GSVP, aber Reibungsverluste grundsätzlich auszuschalten, ist einfach nicht möglich. Dafür sind diese Einsätze zu komplex und mit zu vielen Spielern besetzt.

Florian Laudi: Der, der aus seinem Herzen eine Mördergrube machen muss! Ich konnte mir das nicht verkneifen, Sie sehen mir das nach. Das mache ich natürlich nicht, um Sie nach bestem Wissen und Gewissen zu unterrichten. Ich halte schon aus, wenn ich etwas sage, was vor allem meiner persönlichen Überzeugung entspricht.

Frau Dr. Zeino, Kriterien für den Einsatz, da habe ich gar nicht viel zu ergänzen. Übrigens widerspreche ich da nicht. Selbstverständlich



hängt das von dem Mittelumfang und den zur Verfügung stehenden Ressourcen ganz entscheidend ab. Wo wir vielleicht nicht genau auf der gleichen Seite liegen, es gibt ja auch noch Abstufungen von Grau und nicht nur Schwarz und Weiß: Es muss nicht sein, 100 Prozent Landesbündnisverteidigung, null internationales Krisenmanagement oder umgekehrt. Es gibt schon noch Dinge dazwischen und vielleicht kann der eine Bereich auch von dem anderen profitieren. Genau das steht in unserer Nationalen Sicherheitsstrategie, die wir mit Bedacht vorbereitet haben. Der zweite Punkt, den ich noch anfügen möchte, es klang gerade an, aber ich möchte es unterstreichen, es geht natürlich immer um unsere Interessen. Wir engagieren uns nicht irgendwo, weil Dritte das von uns verlangen oder es jetzt gut in den Blick passt, sondern weil doch unsere eigenen Dinge da eine gehörige Rolle spielen.

Dann, Herr Abg. Gerschau, die VN-Politik in der Zeitenwende. Wir besprechen ja hier die Kriseneinsätze und das ist für mich internationales Krisenmanagement und weniger Landes- und Bündnisverteidigung. Die Zeitenwende, so wie ich es verstehe, zielt vor allem auf das Erfordernis ab, den anderen Aspekt Landesbündnisverteidigung wieder etwas mehr in den Vordergrund zu rücken und das aus leider gut nachvollziehbaren Gründen. Was das internationale Krisenmanagement angeht, bedeutet das aber nicht, was ich eben gesagt habe, das eine zu Lasten des anderen, sondern man kann durchaus auch beides in Angriff nehmen. Und wenn man über die Ressourcen spricht und die zur Verfügung stellt, dann kann man durchaus beide Stränge verfolgen und das wäre unser Ansatz. Es ist jetzt gar nicht wahnsinnig neu, was das Krisenmanagement angeht, sondern eher eine Bestätigung dessen, was vorher auch praktiziert wurde. Und dann fragten Sie nach meinen persönlichen Afghanistan-Lehren oder Eindrücken im Bereich der Entwicklungshilfe. Wie kann man das verbessern oder was gibt es da? Ich habe tatsächlich noch in lebhafter Erinnerung, wie damals die Koordinierungsrunden in Kabul abließen. Es war meistens ein afghanischer Minister oder eine Ministerin plus ein Repräsentant der Vereinten Nationen für die Internationalen und dann 100, 150 Leute im Raum

von den verschiedensten Organisationen, die versucht haben, eine Struktur reinzubringen. Die Zahl verdeutlicht schon, dass das eine erhebliche Herausforderung ist. Da muss man einfach streamlinen, klarer werden, gute Strukturen anlegen. Immerhin gab es überhaupt welche, das ist ja nicht überall der Fall, aber die können sicherlich flexibler, besser, passgenauer organisiert werden. Was die Vereinten Nationen selbst angeht, und jetzt springe ich weg von Afghanistan, hat sich der jetzige Generalsekretär, als er antrat, genau den Entwicklungssektor vorgeknüpft und gesagt, da müssen wir reformieren. Wir müssen als Vereinte Nationen aus einem Guss liefern. Es kann nicht sein, dass da 15 verschiedene Organisationen, UNIFEM, UNICEF, UNDP usw. vor sich hinwirken und die linke Hand nicht weiß, was die rechte macht, sondern wir installieren sogenannte Resident Coordinators, sozusagen die Entwicklungsbotschafter der Vereinten Nationen vor Ort. Auf meinen Reisen, ich war jüngst in Sierra Leone und Algerien, da treffe ich diese Leute auch immer und das hat sich sehr bewährt, fünf, sechs Jahre später. Das wird auch anerkannt. Die kommen manchmal vom Entwicklungswerk UNDP, aber nicht immer. Es sind manchmal auch externe Personen, die sich tatsächlich da sehr verdient machen und die doch erheblichen Ressourcen, die der VN-Apparat im EZ-Bereich dort einsteuert, kanalisieren und dann abgestimmt Unterstützung im Bereich der Entwicklungshilfe ermöglichen.

Die **stellv. Vorsitzende**: Vielen Dank. Wir machen weiter mit Herrn Wundrak, dann Herr Beyer und Herr Nachtwei.

Abg. **Joachim Wundrak** (AfD): Vielen Dank. Herr Botschafter, Sie haben auf die besondere Rolle der USA mit singulären Fähigkeiten hingewiesen und das galt sicherlich auch für Afghanistan, wo die USA aufgrund Nine Eleven eben besonders betroffen waren. Wir haben aber gesehen und wir wissen, dass die Amerikaner in ihrer Führungsrolle in Afghanistan bis 2010/11 gebraucht haben, um festzustellen, dass es eine Verhandlungslösung braucht und man nicht auf den militärischen Sieg alleine setzen kann. Aus Ihrer Erfahrung im NATO-Rat, warum haben die Amerikaner so lange gebraucht? Die Norweger,



und, ich glaube, auch die Deutschen, haben vorher schon hinter den Kulissen durchaus versucht, diplomatisch voranzukommen. Und was bedeutet das für die Zukunft in der NATO, wenn man so einen dominanten Partner hat, wie geht man damit um? Die NATO besteht auf Einstimmigkeitsprinzip, das heißt, es sind durchaus Hebel vorhanden.

Und eine kurze Frage an Herrn Laudi noch, wenn das noch passt. Herr Laudi, Sie haben über die Zukunft der Krisenoperationen gesprochen. Sehen Sie nicht auch, dass wir im Prinzip eine Regionalisierung brauchen, wenn die Kräfte und die Mittel nicht mehr so stark da sind, dass sich die Afrikanische Union holt um Afrika kümmert, dass sich Asienstaaten um Asien kümmern, und Deutschland in der näheren Umgebung? Wir haben den Balkan noch als große Problematik, die kein Ende findet, und bis nach Israel schauend. Danke.

Abg. Peter Beyer (CDU/CSU): Vielen Dank. Zwei Fragen, beide an beide Herren. Das eine ist anknüpfend an Dinge, die Sie schon erläutert haben, und zwar in Bezug auf die Vereinten Nationen. Ich habe insbesondere in Ihrem Papier, das Sie vorab eingereicht haben, Herr Botschafter Erdmann, diese sehr klare Positionierung Ihrerseits gefunden, dass, ich darf das mit meinen Worten sagen, dass Friedensmissionen der Vereinten Nationen auf unabsehbare Zeit im Grunde genommen vorbei und unrealistisch sind. Ich will da nochmal nachhaken, an beide Herren: Inwiefern macht es auch für die Arbeit dieser Enquete-Kommission, die wir Empfehlungen für die Zukunft aussprechen sollen, noch Sinn, die Vereinten Nationen mit guten Empfehlungen zu befüttern, insbesondere auch vor dem Hintergrund, dass eine militärische Komponente von Missionen der Vereinten Nationen doch nach meiner bescheidenen Einschätzung im Moment zumindest auf unabsehbare Zeit wohl eher unrealistisch ist und die Vereinten Nationen im Wesentlichen für die gute völkerrechtliche Grundlage herhalten müssen? Zweite Frage, auch an beide Herren, auch nochmal anknüpfend an das, was wir vorhin gesagt und gefragt haben, insbesondere auch Derya Türk-Nachbaur: Sicherheitspolitische Arbeitsteilung. Hier insbesondere zwischen der NATO und der EU.

Welche Erfahrungen haben Sie konkret gemacht? Wo sehen Sie Mängel? Wo sehen Sie Verbesserungsbedürftigkeit? Und dann auch konkret, vielleicht haben Sie den einen oder anderen Hinweis, wie man etwas genau an dieser Schnittstelle verbessern kann. Herzlichen Dank.

SV Winfried Nachtwei: Herr Erdmann, Herr Laudi, herzlichen Dank für Ihre Stellungnahmen. Zunächst an Herrn Laudi: Offenkundig, der UN-Sicherheitsrat ist in seiner Kernaufgabe teilblockiert. Aber stimmt der Eindruck, dass, wenn man genauer hinguckt, die Vereinten Nationen für internationale Sicherheit und Weltfrieden noch viel mehr erreichen, als man gemeinhin wahrnimmt? Dann zweitens: UN-Generalsekretär Guterres hat zu Beginn seiner Amtszeit auch einen Schwerpunkt auf Krisenprävention gelegt. Die Bundesrepublik will diesen Bereich auch selbst unterstützen. Was schlagen Sie vor, inwiefern könnte die Bundesrepublik die Vereinten Nationen auf diesem Gebiet unterstützen? Und dann, Herr Erdmann, Sie haben richtigerweise auf die sehr unterschiedlichen sicherheitspolitischen Kulturen hingewiesen. Und wie haben Sie es dann im NATO-Rat hinbekommen, dass nicht nur die NATO vor Ort aktiv war, sondern es gab de facto drei Missionen, ISAF, außerdem Operation Enduring Freedom und eine dritte ungenannte, die, wenn man die im ISAF-Headquarter angesprochen hat, man die Antwort bekam, man könne auch nichts dazu sagen. Ansonsten gibt es aber nichts. Wie sind Sie damit umgegangen? Und das Letzte auch an Sie. Sie haben wiederum völlig zu Recht festgestellt, das Unerwartete ist die Regel. Und demgegenüber dann die apodiktische Aussage, die auch von einem Kommissionsmitglied bestätigt wurde, solche Art von Einsätzen wie Afghanistan und Mali wird es auf absehbare Zeit nicht mehr geben. Meine Erfahrung ist, ich habe auch ein paar Jahre auf dem Buckel, es ist immer das Unerwartete, auch in der Vergangenheit, gekommen. Und die Einsätze, die haben in der Regel nicht mit dem schönen Anspruch angefangen, wir wollen etwas Nachhaltiges schaffen. Sondern das war jeweils eine Situation von „Großgefahrenabwehr“. Und dann haben wir vernünftigerweise gedacht, schnell rein, schnell raus ist ja auch nicht so sinnvoll. Und dann saß man da drin. Also müsste



man die kategorische Aussage vielleicht nicht etwas relativieren? Danke.

Die stellv. Vorsitzende: Wollen wir diesmal mit Herrn Laudi anfangen?

Florian Laudi: Ja, gerne, natürlich. Erste Frage, Herr Abg. Wundrak. In der Tat kann ich Ihnen nur beipflichten. Also Regionalisierung, ich würde es nicht so kategorisch nennen, aber eine stärkere regionale Komponente einflechten, als ein Element von internationalem Krisenmanagement, kann einen sinnvollen Beitrag leisten. Sie sprachen konkret Afrika an, die Afrikanische Union, und das völlig zu Recht. Der Sicherheitsrat hat kurz vor Weihnachten die Resolution 2719 angenommen, ein afrikanisches Projekt. Die drei Afrikaner haben das zusammen vertreten und lange dran gewerkelt. Das legt im Grunde genau das an, dass der Sicherheitsrat zuvor getroffene Beschlüsse und Einsätze der Afrikanischen Union, die haben ja auch so ein Krisenmanagement-Instrument, unterstützt. Das hätte vor allem finanzielle Folgen, es ist ja bis heute nicht zur Anwendung gekommen, nämlich dass, und da streiten sich die Geister, eben je nachdem, 75%, die Afrikaner wollen gerne noch ein bisschen mehr, aus dem VN-Budget bezahlt wird. Und wenn diese Frage geklärt ist und auch die Frage, ob die Standards auch unseren Standards entsprechen, also etwa beim Punkt Menschenrechte, dann kann das durchaus eine interessante Möglichkeit sein. Ich persönlich kenne das nur mit Blick auf die Afrikanische Union und halte auch das im Moment nur für realistisch. Aber die meisten Peacekeeping-Operationen finden ja auch in Afrika statt. Insofern scheint mir das durchaus ein Weg, der wert ist, weiter exploriert zu werden.

Dann die Frage, Herr Abg. Beyer, also VN-Missionen sind unrealistisch. Ist es überhaupt sinnvoll, Empfehlungen abzugeben? Ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie die Frage aufwerfen. Ich habe es im Eingangsstatement nicht mehr ganz geschafft: Wir müssen hier unterscheiden zwischen Peacekeeping-Operationen, die es in Afghanistan nie gab, bis heute nicht, und sogenannten politischen Missionen, wie UNAMA, die gab es auch schon in der letzten Taliban-Zeit,

da hieß es UNSMA. Wir unterhalten uns hier ausschließlich über Peacekeeping-Missionen. Insofern ist es fehl am Platz, den Vereinten Nationen irgendeine Empfehlung spezifisch mit Blick auf Peacekeeping und Afghanistan zu geben. Sonder es würde sich tatsächlich wirklich an die Coalition of the willing beziehungsweise dann sehr bald die NATO richten müssen. Da sollten wir sozusagen in der Terminologie einfach versuchen, so präzise wie möglich zu sein.

Sicherheitsratsblockade, Herr Nachtwei, absolut klar, da geht nicht viel im Moment. Das ist bedauerlich, aber es ist so. Das war allerdings, als wir das letzte Mal selbst im Sicherheitsrat waren, 2019/20, auch schon nicht sehr anders unter Trump. USA und China, das sind Wellenbewegungen, das muss man durchhalten, und irgendwann werden die Zeiten besser. Da sollte man die Flinte nicht ins Korn werfen. Wir dürfen aber unser Gewicht, in New York jedenfalls, auch nicht überschätzen. Wenn die Chinesen, Amerikaner und Russen im Moment nicht miteinander sprechen und sich nicht einigen wollen, dann werden sie das nicht tun. Das werden wir in New York jedenfalls auch nicht ändern können. Aber trotzdem gilt es natürlich, weiterzumachen. Übrigens beobachten wir seit einiger Zeit, und das ist wirklich interessant, eine Zunahme des politischen Gewichts im Sicherheitsrat seitens der zehn gewählten Mitglieder. Das ist nicht einfach, die sind ja auch disparat. Aber die sind als 10er-Gruppe durchaus ein Faktor, den man ernst nehmen kann und sollte. Die Vereinten Nationen bieten aber darüber hinaus natürlich noch andere Dinge an. Das habe ich schon erwähnt, zum Beispiel Entwicklungshilfe, aber man kann den Bogen weiterspannen: Schutz von Kinderrechten, von Frauenrechten, Klimaunterstützung, humanitär natürlich ganz entscheidend, mit den erheblichen Mitteln, zum Beispiel des World Food Programme. Im Stabilisierungsbereich, also Aufbau, nachdem einzelne Ortschaften befreit wurden, da geht eine ganze Menge. Gleichzeitig, danach hatten Sie noch gefragt, die Punkte krisenpräventiver Natur, wo ich wieder Wirtschaftsleben ermögliche und Wohlstand auf niedrigem Niveau gebe, damit verhindere ich die nächste Krise, und da engagiert sich die Bundesregierung natürlich sowohl finanziell, aber



auch mit Personal und wo wir können konzeptionell. Ich hatte gesagt, wir übernehmen den Peace-Building-Kommissionsvorsitz nächstes Jahr, das ist eine gute Gelegenheit, da einen Unterschied zu machen. Wir machen das beim Zukunftsgipfel und andernorts.

Und ein letztes Wort, ich habe nur noch drei Sekunden. Afghanistan, Mali sind vorbei, aber ich würde es auch nicht so apodiktisch sagen, denn wir haben ja weiterhin 20.000 Personen umfassende Missionen im Südsudan mit deutscher Beteiligung. Wir haben es auch im Kongo mit deutscher ziviler Beteiligung. Also es gibt es weiterhin. Es ist nur ganz weit weg und häufig hier vielleicht nicht im selben Fokus wie Themen, die näher bei uns liegen. Dankeschön.

Martin Erdmann: Ich beginne mit den Fragen des Herrn Abg. Wundrak. Zunächst adressiere ich die Frage Verhandlungslösung Taliban, USA. Ich glaube, wir müssen uns noch einmal zurückversetzen, 20 Jahre plus, in das Trauma, das die Anschläge des 11. September in den USA ausgelöst haben. Das war ein Trauma, das noch schlimmer war, als das von Pearl Harbor aus den 1950er Jahren. Es hat zu einer ganz rigiden Reaktion geführt, die sich in einem globalen Kampf gegen den Terror äußerte. Nämlich in der Operation Enduring Freedom, die ja nicht nur auf Afghanistan bezogen war, sondern auch darüber hinaus. Für die amerikanischen Administrationen stand die Bekämpfung des Terrorismus im Vordergrund. Koste es, was es wolle, aufgrund dieser traumatischen Erfahrung. Deshalb war man in Washington über lange Zeit überhaupt nicht bereit, über die Frage nachzudenken, ob man mit Terroristen irgendeine Verhandlungslösung finden könne. Die ist abgelehnt worden. Sie spielte auch im NATO-Kontext, soweit ich mich erinnern kann, eine nachgeordnete Rolle. Es wurde auf politischer Ebene diskutiert, zwischen den Hauptkommissionen, aber nicht im NATO-Rat.

Ich würde gerne auch antworten auf die Frage, was macht man mit einem dominanten Partner, wie den USA, in der NATO. Ich möchte gerne sagen, aufgrund meiner langjährigen Erfahrung, im Vergleich zu dem, was wir in Europa erleben,

mit den Orbans und den Ficos dieser Welt und anderen, ich bin dankbar dafür, dass es in der NATO eine Führungsnation gibt, die den Laden zusammenhält und die vor allem dafür sorgt, dass wir zu Entscheidungen kommen. Die Entscheidungen mögen nicht allen gefallen, aber am Ende steht eine Entscheidung. Während ich in Europa, insbesondere im Bereich der GSVP, es oft vermisste, dass es zu einer Entscheidung kommt. Ich werde gleich dem Herrn Abg. Beyer antworten. Oder mache das jetzt im Übergang. Zu der Frage, was ist der Unterschied von NATO zu GSVP. Ich sage mal ein Beispiel: GSVP mit Blick auf den Huthi-Terror im Roten Meer. Im Oktober letzten Jahres gab es eine Verabredung zwischen Staaten wie USA, Großbritannien, Dänemark, Niederlande, ich glaube, Frankreich hat sich auch beteiligt, gegen den Huthi-Terror, in einer Ad-hoc-Koalition vorangetrieben. Es hat bis Februar gedauert, dazwischen lag die Weihnachtspause, die Kabinette in Europa waren auch in der Weihnachtspause. Es hat bis Februar gedauert, bis sich Brüssel zu dieser Frage eine Meinung bildete und eine Entscheidung getroffen hat. Das ist das, was ich in der GSVP als große Schwachstelle sehe. Ich sehe, dass die Einheitlichkeit der Europäer, ich nannte gerade einige Namen, zu wünschen übrig lässt und dass dann alle möglichen Prüfpapiere in Auftrag gegeben werden, die dann wochenlang vor sich herumdümpeln und es auch zu keiner Entscheidung kommt, oder zu einer sehr späten Entscheidung. Das ist das, was ich in Europa über Jahrzehnte, seitdem es die gemeinsame Außensicherheits- und Verteidigungspolitik gibt, als große Hypothek ansehe. Es fehlt die Führungsnation in Europa, die gibt es nämlich nicht. Auch Deutschland und Frankreich erfüllen diese Rolle nicht, die dafür sorgt, dass Entscheidungen herbeigeführt werden. Ich wiederhole, ob sie richtig sind oder falsch, stellt sich ja erst oftmals im Nachhinein heraus.

Eine Minute habe ich noch, Herr Nachtwei. Im NATO-Kontext haben wir es nur zu tun gehabt mit der Operation ISAF. Wie sich diese Operation abgrenzte, zu anderen Operationen, insbesondere OEF (Operation Enduring Freedom), wurde im NATO-Kontext nicht diskutiert. Vielleicht an den Rändern, in und zwischen den Hauptstädten, da gibt es sicher Sachverständige, ich denke an



General Ramms, der das besser beurteilen kann, aber im NATO-Rat spielte das jedenfalls keine Rolle. Und das Unerwartete, das ist aus meiner Sicht die Regel. Können Sie noch mal sagen, worauf sich die Frage bezog? Ich habe hier zum Unerwarteten ein falsches Stichwort aufgeschrieben.

SV Winfried Nachtwei: Das Unerwartete ist die Regel. Und dann aber die apodiktische Aussage, auf nächste Jahrzehnte wird es so einen großen Einsatz wie Mali und Afghanistan nicht geben. Ein gewisser Widerspruch.

Martin Erdmann: Ich hatte hier aufgeschrieben: kategorisch. Solch einen großer Einsatz, da sind wir uns einig, aus fiskalischen, budgetären Gründen und vielen anderen Gründen wird es nicht wieder geben. Die Erfahrungen, die wir gesammelt haben, sagen uns, so etwas lässt sich nicht wiederholen. Die Frage ist, wo sind dann unsere Interessen? Ich will damit aber nicht gesagt haben, dass es überhaupt keine Kriseneinsätze mehr geben soll. Ich glaube auch, dass sich die GSVP bereithalten muss, für Einsätze in unserer europäischen Peripherie. Für den Fall, dass es dort zu krisenhaften Zusitzungen kommt, und die NATO, sprich die USA und Kanada, darum geht es ja, sich nicht in der NATO engagieren wollen. Dann muss die GSVP ran. Darauf muss sie vorbereitet sein. Das wird dann ad hoc zu klären sein, ob das opportun ist, ob es dazu einen Konsens der 27 gibt, ob die Mittel vorhanden sind etc. Ich will nicht so kategorisch klingen, wie ich vielleicht geklungen habe.

Die stellv. Vorsitzende: Vielen Dank an Sie beide. Wir haben jetzt noch gut 20 Minuten Zeit. Ich habe Oberst Wüstner noch auf meiner Liste. Sonst liegen mir keine Fragen mehr vor. Ich würde gleich auch noch eine stellen. Falls es noch Fragen gibt, bitte nutzen Sie die Zeit. Auch gab mir das Sekretariat den Hinweis, pro Frage sind zwei Minuten vorgesehen. Falls Sie jetzt noch das ein oder andere ein bisschen ausführlicher thematisieren möchten, gerne. Jetzt habe ich Oberst Wüstner, dann Abg. Güler und dann Frau Zeino.

SV Oberst André Wüstner: Vielen Dank nochmal an die beiden Vortragenden. Anknüpfend an die Frage von Herrn Gerschau würde ich gerne nochmal nachfragen in Richtung Auswärtiges Amt, Stichwort 24. Februar 2022: Zeitenwende. In einer gewissen Art und Weise eine Überforderung, politisch wie auch natürlich in den Ressorts, aufgrund dessen, was alles gleichzeitig seitdem passierte. Ukraine, Jemen bzw. die Region, Israel 7. Oktober, Gaza jetzt. Welche Art von strukturellen Anpassungen haben wir in der Bundesregierung seitdem vorgenommen? Gibt es eine Art Strategiezelle? Denn wir wissen ja, dass unabhängig von bestimmten Zuständigkeiten, Verantwortlichkeiten, VN, NATO, OECD, EU, irgendwo etwas sein muss, was darüber liegt. Gibt es sowas oder wie läuft das ab? Dazu auch eine weitere Frage, gibt es seitdem eine Art stärkere Anbindung der Wissenschaft in diesen Bereich, um für die Unterschiedlichkeit dieser Konflikte ein Mehr an Input zu bekommen? Ich weiß, vielleicht ist das nicht ganz Ihre Zuständigkeit, aber vielleicht können Sie dazu was sagen, Herr Laudi. An Herrn Erdmann die Frage, weil wir jetzt das große Ganze schon im Blick hatten, nochmal konkret: Zukunft, Koordination, Steuerung zwischen NATO und EU. Wir haben in der Vergangenheit und auch aktuell, mit Blick auf beispielsweise das, was die Ukraine nach sich zieht, auch bestimmte Herausforderungen, wenn es darum geht, keinen wirklichen Datenaustausch zwischen EDA (European Defence Agency) und NSPA (NATO Support and Procurement Agency) zu haben, also Stichwort EU-NATO. Bezogen auf die Dissonanzen Türkei, Griechenland, Zypern-Frage etc., gibt es da etwas, weil Sie ja Erfahrung haben in der Türkei, aber auch in der NATO, wo Sie sagen, das wären Ansätze, um EU und NATO besser zu verzähnen und besser koordinieren zu können, als wir es bisher tun? Danke.

Die stellv. Vorsitzende: Vielen Dank. Ich hätte auch zwei Fragen. Einmal an Herrn Laudi. Sie haben gerade in Ihren Ausführungen gesagt, die Krise hat ein Ende und es muss von vornherein mitbedacht werden, wie das Ende organisiert wird. Da ist meine konkrete Frage, gilt das auch für ein Worst-Case-Szenario? Also nicht im Sinne von, die Krise ist jetzt zu Ende, wir ziehen uns zurück, sondern im Vorfeld sich schon Gedanken darüber zu machen, was wäre der Punkt, wo wir



den Einsatz beenden? Und wenn ja, wie? Dann an Herrn Erdmann. Sie sprachen auch davon, dass die Koordination durch etablierte Organisationen organisiert werden soll. Und da konkret die Frage, in welchen Fällen eignet sich Ihrer Ansicht nach die NATO? In welchen Fällen die EU? Oder in welchen Fällen die Vereinten Nationen? Kann man das überhaupt voneinander trennen, dass man sagt, diese Einheit ist jetzt die Koordinationsinstanz? Welche Fälle würden Sie welcher Koordinationsinstanz eher zuschreiben? Die beiden Fragen meinerseits.

Und dann habe ich jetzt noch Frau Zeino und zwei weitere Wortmeldungen. Einmal Herrn Haunreiter, der online zugeschaltet ist, und Herrn Gießmann. Und mit dem Einverständnis von Ihnen beiden würde ich jetzt einfach alle zusammen aufrufen. Wäre das in Ordnung? Weil dann könnten Sie eine Abschlussrunde machen. Vielen Dank.

SVe Dr. Ellinor Zeino: Ich habe eine Frage an Herrn Erdmann, eine an Herrn Laudi. Herr Erdmann, sie hatten am Anfang kurz geschildert, dass die Koordinierung der NATO sehr umfassend ist, sehr vorbildlich abgelaufen in Afghanistan angesichts der Umstände. Dennoch gab es unterschiedliche Lagebilder. Und da wollte ich noch mal fragen, wie lassen sich in Zukunft Lagebilder besser, kohärenter koordinieren, dass es nicht zu solchen Auseinanderklaffungen kommt? Und meine Frage an Herrn Laudi zum Thema Geberkoordinierung. Sie hatten das eben auch schon ein bisschen angesprochen. Welche Lehren haben Sie aus Ihrer Zeit, vielleicht auch in Afghanistan, gezogen, auch angesichts von dichter werdenden Gebermärkten? Es besteht ja mittlerweile sehr viel Konkurrenz und Wettbewerb unter Geberakteuren im Gastland. Was sind Ihre Lehren? Wie muss man mit dieser stärker werdenden Konkurrenz unter den Gebern umgehen? Wie lassen sich Geber besser koordinieren?

SV Reiner Haunreiter: Vielen Dank an beide. Herr Botschafter Erdmann, in Ihrem Papier lehnen Sie grundsätzlich Ad-hoc-Koalitionen mit guten Argumenten ab, erwähnen aber alternativ Coalition of the willing. Meine Frage geht an

beide. Ist denn überhaupt ein Szenario vorstellbar, wo sich Deutschland an einer Coalition of the willing außerhalb von NATO oder GSVP beteiligt? Vielen Dank.

SV Prof. Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Vielen Dank auch an beide noch mal. Vielleicht eine etwas provokatorische Feststellung aus den Ausführungen von Ihnen beiden. Ich frage mich natürlich auch, wie das Ende einer Krise vorhersehbar ist, wenn das Unerwartete die Regel ist, da haben Sie hier unterschiedliche Positionen vertreten. Meine Frage richtet sich noch an Herrn Laudi und betrifft die deutschen Interessen, sich am Peacekeeping zu beteiligen. Welche Ziele verfolgt Deutschland mit der Führungsrolle in Bezug auf das Peacekeeping? Und wo sehen Sie da Verbündete, international deutsche Interessen zu unterstützen?

Martin Erdmann: Die erste Frage an mich kam von Oberst Wüstner. Verhältnis NATO – EU, wie kann man das verbessern? Da muss ich leider passen, weil ich in den letzten Jahren diese Dimension im Detail nicht mehr verfolgt habe. Ich kann nur Zeitungswissen dazu zum Besten geben und das ist ja hier nicht verlangt. Frau Vorsitzende, Sie hatten die Frage gestellt, wann gibt es eine Rolle für die NATO, wann für die EU. Meine Antwort lautet, für die NATO die kollektive Selbstverteidigung im oberen Spektrum. Da würde ich sagen, ist die NATO gefordert. Bei der EU sehe ich zuvorderst die Aufgabe im europäischen Kontext, bei in Europa ausbrechenden Krisen, die nicht zum oberen Spektrum gehören. Ich denke typischerweise an Situationen auf dem Balkan, dort aktiv zu werden, genauso wie in der Peripherie. Immer dann, ich wiederhole mich, wenn die NATO, sprich die Amerikaner und die Kanadier, an einer bestimmten Operation nicht teilnehmen wollen. So würde ich die grobe Trennung vollziehen. Frau Zeino, Lagebilder, auch da muss ich leider passen. Ich erinnere mich nicht mehr daran, wie das vor zehn Jahren gehandhabt worden ist. Wie es heute gehandhabt wird, kann ich leider auch nicht sagen. Coalition of the willing, Herr Haunreiter. An so etwas haben wir uns in der Tat bisher nicht beteiligt. Denn die Voraussetzung für uns ist ein Mandat innerhalb einer Organisation kollektiver Verteidigung oder Sicherheit. Und Coalition of the



willing sind, wie der Ausdruck es selbst sagt, nicht notwendigerweise mandatiert. Das ist nicht immer so. Es gibt auch mandatierte Coalition of the willing. Zum Beispiel in Ost-Timor gab es eine solche Ende der 90er Jahre. Aber das ist nicht die Regel. Insofern kommt das, glaube ich, ohne Ihnen zu nahe treten zu wollen mit Ihrer aktuellen Expertise, nicht infrage. Das war es von mir.

Florian Laudi: Ich sehe es ganz genauso. Die Systeme kollektiver Sicherheit, Artikel 24 Grundgesetz, wären nicht gewährleistet. Ich bin zwar Jurist, aber kein Völkerrechtler. Aber da bin ich mir relativ sicher, da das Thema doch immer wieder eine Rolle spielt. Ich fange aber an mit Herrn Oberst Wüstner. Der erste Punkt war Zeitenwende, strukturelle Anpassung. In der Tat betrifft es uns im Bereich der Vereinten Nationen vielleicht nicht in gleichem Ausmaß wie andere Bereiche im Haus. Ich fange an mit der oberen Ebene, weil das am griffigsten ist. Die Staatssekretärsrunden finden wöchentlich statt, um die Kabinette vorzubereiten, zusätzlich unter Beteiligung der Sicherheitsbehörden. Zusätzlich tagen die Staatssekretäre monatlich, um übergreifende sicherheitspolitische Fragen zu bearbeiten und anlassbezogen noch darüber hinaus. Das hat sich noch weiter intensiviert im Lichte der Zeitenwende. Das nur auf der obersten Ebene. Der Grundgedanke gilt für alle Ebenen. Dann fragten Sie noch, ob die Wissenschaft als ein Element davon eingebunden ist? In der Tat. Auch für den VN-Bereich. Wir haben einen VN-politischen Beirat, dessen Treffen wir noch regelmäßiger machen. Da tauschen wir uns über Stunden mit Professoren aus; auch mit Mitarbeitenden von Instituten. Ähnliches gilt für den Beirat zivile Krisenprävention in unserer Stabilisierungsabteilung, sodass die Wissenschaft gut involviert ist. Dann Exit-Strategien. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Wenn es eine wichtige Empfehlung gibt, wenn ich mir das anmaßen darf, dass man das von Anfang an mitdenkt. Da gibt es keine One-Size-Fits-All-Lösung. Jeder Konflikt ist anders gelagert. Überhaupt darüber nachzudenken und es auf dem Schirm zu haben, das wäre wichtig. Sie fragten aber auch nach unvorhergesehenen Entwicklungen, die in diesem Setting dazugehören. Wir gehen nicht in die Schweiz und auf die Alm, sondern in Sicherheitsumfelder, wo es dazu gehört, dass

etwas passiert. Das nennen die Kollegen, das wissen die Verteidigungspolitiker hier besser, „prudent planning“. Auch für diese Szenarien wird Vorsorge getroffen, aber das heißt nicht, dass man jedes einzelne Szenario vorwegnehmen kann. Weil wir bei 100 geplanten das 101. Szenario haben können und dann auch reagieren müssen. Aber im Rahmen dessen, was möglich ist, das gebietet auch die Fürsorgepflicht, geschieht das. Lehren aus Afghanistan. Geberkonkurrenzen. Das ist ein Thema für die Kolleginnen und Kollegen aus dem Entwicklungshilfeministerium. Ich möchte denen nicht vorgreifen, aber ich weiß, dass sie dort besonderes Augenmerk darauflegen, Dinge zu evaluieren, die sie gemacht haben. Dazu gehört auch die Frage, wie stimmen sie sich mit anderen ab und welchen Partner habe ich ausgewählt? Hat er sich durchgesetzt in der Konkurrenz, weil er konkurrenzfähig ist oder gut oder günstiger ist? Das spielt dort eine große Rolle. Übrigens auch bei uns. Dort ist es keine Entwicklungspolitik, aber auch im Bereich der Stabilisierung, wo wir selbst Geld umsetzen, gucken wir uns das ganz genau an. Letzte Frage, Prof. Gießmann. Das war Führungsrolle beim Peacekeeping. Mit aller Bescheidenheit, Führungsrolle ist vielleicht viel. Wir haben jetzt gesagt, in dieser spezifischen Situation, wo viele Beobachter sagen, das Peacekeeping ist in einer Krise, Desinformation, die Host Nations sind nicht einverstanden, es ist eine Umbruchstimmung, es ist schwierig, so viele Soldaten zu rekrutieren, sind wir bereit, mit vielen anderen Partnern Verantwortung zu übernehmen. Sie haben nach den Partnern gefragt. Ich kann Ihnen jetzt einige nennen, aber es gibt mit Sicherheit deutlich mehr. Wer uns diesbezüglich sehr dankbar ist, sind die Vereinigten Staaten, das VN-Sekretariat selbst, z. B. Großbritannien, Südkorea, deren Initiativen wir mit diesem Engagement fortsetzen. Aber auch Ghana, um einen Partner aus dem Süden zu nennen, da fand das letzte Treffen statt, war sehr dankbar oder anerkannte, dass wir bereit sind, an dieser Stelle Verantwortung zu übernehmen. Wir haben jetzt noch neun Monate der Vorbereitung. Das wird sehr intensiv. Ich kann Ihnen jetzt die Inhalte noch nicht vorwegnehmen. Das werden wir auch nicht alleine machen, wir werden die Führung mit anderen teilen. Danke.



Die **stellv. Vorsitzende**: Vielen Dank an die beiden Sachverständigen. Es ist fast eine Punktlandung. Danke für Ihr Kommen. Danke für das Rede- und Antwortstehen hier. Für die TV-Übertragung kann ich jetzt sagen, die Sitzung ist geschlossen. Vertreter der Bundesregierung und Besucher auf der Tribüne bitte ich, den Saal zu verlassen. Es folgt eine nichtöffentliche Beratungssitzung der Kommission. Die Kommissionsmitglieder, die per Webex gleich wieder teilnehmen, bitte ich, für die nachfolgende Beratungssitzung in der laufenden Webex-Sitzung angemeldet zu bleiben. Ich schlage vor, dass wir eine kurze Pause von ungefähr fünf

Minuten machen und uns um fünf nach halb hier alle wieder in alter Runde treffen. Vielen Dank.

Schluss der Sitzung: 14:28 Uhr

Serap Güler, MdB
- **stellv. Vorsitzende** -



75 Jahre
Demokratie
lebendig



Deutscher Bundestag
Enquete-Kommission
Lehren aus Afghanistan für das
künftige vernetzte Engagement
Deutschlands
Kommissionsdrucksache
20(28)50
27.05.2024

Deutscher Bundestag
Enquete-Kommission Lehren
aus Afghanistan für das künf-
tige vernetzte Engagement
Deutschlands

**Öffentliche Anhörung am 3. Juni 2024
zum Thema „Die internationale Koordinierung vernetzter Kriseneinsätze“**

Leitfragen an die Sachverständigen:

1. Beide Gäste: Welche Probleme der internationalen Planung, Koordinierung und Steuerung von Kriseneinsätzen sehen Sie? Welche Gründe führen zu diesen Problemen?
2. Martin Erdmann: Welche Herausforderungen sehen Sie für die Zukunft der NATO und der europäischen Sicherheit? Welche sicherheitspolitische Arbeitsteilung zwischen NATO und EU erscheint Ihnen wünschenswert und umsetzbar? Wie sollte sich Deutschland bezüglich eines europäischen Pfeilers der NATO und der GSVP der EU positionieren?
3. Florian Laudi: Welche Rolle können die Vereinten Nationen bei der internationalen Koordinierung von Einsätzen des Krisenmanagements (nicht) spielen? Welche Ansätze für eine Reform der VN erscheinen Ihnen sinnvoll und politisch durchsetzbar? Welche Beiträge kann und sollte Deutschland leisten?
4. Beide Gäste: Wie sollte sich Deutschland hinsichtlich der internationalen Koordinierung möglicher Kriseneinsätze in der Zukunft positionieren? Welche internen Voraussetzungen müsste Deutschland für eine bessere externe Abstimmung erfüllen?



75 Jahre
Demokratie
lebendig



Deutscher Bundestag
Enquete-Kommission Lehren
aus Afghanistan für das künf-
tige vernetzte Engagement
Deutschlands

Kommissionsdrucksache 20(28)52

Botschafter a. D. Martin Erdmann

Stellungnahme

Öffentliche Anhörung

zum Thema

**„Die internationale Koordinierung vernetzter
Kriseneinsätze“**

am Montag, 3. Juni 2024

ENQUETE Kommission
des
Deutschen Bundestages
***Lehren aus Afghanistan für das künftige
vernetzte Engagement Deutschlands***

Anhörung zum Thema:

**Die internationale Koordinierung
vernetzter Kriseneinsätze**

am 3. Juni 2024 um 13.00 Uhr
im Deutschen Bundestag zu Berlin

Anmerkungen
von
Botschafter a.D.
Martin Erdmann

Sehr geehrte Frau/Herr Vorsitzende(r)

Sehr geehrte Damen und Herren Mitglieder und
Sachverständige der Enquete- Kommission

Sehr geehrtes Publikum dieser öffentlichen Anhörung

Meine Damen und Herren!

In meiner zehnminütigen Präsentation möchte ich zunächst einige Betrachtungen zum Afghanistan-Einsatz der nordatlantischen Vertragsorganisation anstellen. Der Schwerpunkt meiner Ausführungen liegt auf dessen internationaler Koordinierung.

Anschließend möchte ich die aktuellen tektonischen Veränderungen der sicherheitspolitischen Lage in Europa und die sich daraus ergebenden institutionell-operativen Konsequenzen ansprechen.

1. Meine Beobachtungen zu Afghanistan umfassen den Zeitraum von Anfang 2000 bis Sommer 2015. Während dieser 15 Jahre war ich als Angehöriger des deutschen Auswärtigen Dienstes durchgängig in verschiedenen hochrangigen Positionen in und bei der nordatlantischen Vertragsorganisation (NATO) tätig. Anschließend, 2015, wechselte ich als deutscher Botschafter von Brüssel nach Ankara. In den genannten Zeitraum fielen u.a. folgende bedeutende Ereignisse sowie zahlreiche auf Afghanistan bezogene Entscheidungen, ich nenne hier aus Zeitgründen nur einen winzigen Ausschnitt:

Der 11. September 2001, die Feststellung des Bündnisfalles nach Art. V NATO-Vertrag, die Übernahme der Führung der Operation ISAF durch die NATO im August 2003 sowie die Führung der ISAF – Nachfolge-Operation Resolute Support (RS) 2015.

Parallel dazu hatte die Allianz zwei weitere Operationen zu bewältigen: KFOR im Kosovo seit Juni 1999 bis heute und den Einsatz ESSENTIAL HARVEST von August 2001- 2003 in der früheren jugoslawischen Republik Mazedonien.

2. Mit der Ausrufung des Bündnisfalles 2001 und den unmittelbar folgenden Einsatzentscheidungen rückte die atlantische Allianz schrittweise und ohne definierten Fahrplan in das Zentrum der internationalen Aktivitäten mit Bezug auf Afghanistan. Man fuhr sozusagen auf Sicht. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen wirkte als Mandatsgeber. Der Dreh- und Angelpunkt der Koordinierung/Führung der Einsätze war der Nordatlantikrat, das höchste und autoritative politische Beratungs- und Entscheidungsgremium des Bündnisses mit einem 360° Blick auf die Sicherheitslage sowie die politischen, militärischen und zivilen Entwicklungen in dem Land.

Die Zahl der Sitzungstermine des NATO-Rats zu Afghanistan während des über 20jährigen Engagements geht in die Tausende (!). Reguläre Sitzungen fanden mehrfach wöchentlich statt, je nach Lageentwicklung und Entscheidungsbedarf sogar mehrfach täglich.

3. Die Rolle der NATO als Nukleus der operativen Führung in den Bereichen Antiterrorkampf, Stabilisierung und Wiederaufbau entwickelte sich also dynamisch und war

weder vorhersehbar noch gar planbar. In den Jahren bis 2010 stieg z.B. die Zahl der nicht der NATO angehörenden operativen ISAF-Unterstützerstaaten auf bis zu 30 Nationen an. Für die Beratungen mit diesen nicht-Nato-Staaten wurde eigens ein gesondertes Format geschaffen, nämlich der NATO-Rat im ISAF-Format mit in der Spurze im Jahre 2010 über 50 teilnehmenden Nationen sowie 130.000 dislozierten internationalen Streitkräften.

Die nordatlantische Vertragsorganisation wurde so neben dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (Mandatsfragen) und den sporadischen Petersberg Konferenzen zu dem zentralen Akteur der internationalen Maßnahmen zu Afghanistan schlechthin.

4. Die Vernetzung mit den immer zahlreicher werdenden zivilen Akteuren erfolgte über die Hauptstädte. Diesen oblag die Einstreuierung der nationalen Projekte in den Ausplanungsprozess in Brüssel sowie die heimische Koordinierung mit den beteiligten Ressorts und Nichtregierungsorganisationen.

Ausweislich des Zwischenberichts der Enquête Kommission verlief diese nationale Koordinierung nicht immer störungsfrei. Abhilfe könnte hier ein nationaler Steuerungsrat oder gar Sicherheitsrat schaffen, der allerdings aus Gründen genereller Koalitionsarithmetik über viele Wahlperioden hinweg chancenlos war und immer noch ist. Mehr dazu in der Diskussion.

5. Auf strategischer Ebene fanden hingegen in Brüssel im Nato-Hq regelmäßige Beratungstreffen mit ausgewählten internationalen zivilen Akteuren statt, bspw. mit der EU, mit

UNOCHA (Office for the Co-ordination of Humanitarian Aid) , IOM sowie dem IKRK.

6. Die operative Koordinierung vor Ort in Afghanistan erfolgte zwischen dem ISAF-Hq in Kabul und den zahlreichen internationalen zivilen und Nichtregierungsorganisationen sowie den Botschaften in Kabul. Den Höhepunkt der internationalen Afghanistan-Aktivitäten militärisch/zivil markiert das Jahr 2010 mit allein 130 000 Streitkräften und Dutzenden zivilen und Nichtregierungsorganisationen.

7. Über die mutmaßlichen Gründe für das Scheitern des multinationalen Afghanistan-Einsatzes liefert der Zwischenbericht der Enquête Kommission zahlreiche Hinweise. *(1)

Auf der Basis meiner eigenen langjährigen Einblicke möchte ich zusammenfassend feststellen, dass die viele Nationen und Akteure umfassenden Bemühungen innerhalb der NATO-Strukturen in ihrer ganzen Intensität – politisch, militärisch und zivil – umfassend und vorbildlich koordiniert wurden, so gut dies unter den volatilen Rahmenbedingungen überhaupt möglich war. Für diesen historisch und in seinen Dimensionen präzedenzlosen multinationalem Einsatz gab es keine Blaupause. Viele Verfahrensabläufe mussten erst konzipiert, etabliert und eingeübt werden, während die Operation bereits in vollem Gange war. Die nationalen Herangehensweisen an einen solch komplexen Einsatz mussten mühsam Stück für Stück harmonisiert werden. Zu unterschiedlich waren oftmals die sicherheitspolitischen und zivil-

militärischen Traditionen und Kulturen in den jeweiligen an ISAF beteiligten Nationen.

8. Dies ist damit die erste Schlussfolgerung: jeder multinationale Einsatz à la Afghanistan, Mali oder anderswo folgt eigenen Gesetzmäßigkeiten, eingebettet in sehr spezifische Rahmenbedingungen und erfordert maßgeschneiderte zivil-militärische Zutaten. Solche Auslandseinsätze sind nicht normierbar.

Strikt zu trennen von dieser Art Auslandseinsätzen sind rein militärische Operationen der Territorialverteidigung im Rahmen der NATO. Sämtliche politischen und militärischen Verfahrensabläufe sind minutiös festgelegt und werden seit Jahrzehnten immer wieder eingeübt. Solche Einsätze lasse ich daher in dieser Präsentation unbeachtet.

Weitere Schlussfolgerungen:

8.1 Grundsätzlich: Ich bin überzeugt, dass es in den kommenden Jahrzehnten nicht erneut zu international breit angelegten und militärisch abgesicherten Stabilisierungseinsätzen kommen wird. Siehe aktuell Sudan, Afghanistan und Mali sind Geschichte. In Folge des Vernichtungskrieges Russlands gegen die Ukraine sowie seiner neo-imperialen Grundausrichtung im Einklang mit China, dem Iran, Nordkorea und anderen Akteuren werden wir unsere Sicherheits- und Verteidigungspolitik strikt auf Abschreckung und Selbstverteidigung im Bündnisrahmen ausrichten müssen. Die auf Dauer angelegte und derzeit im Aufbau befindliche deutsche Brigade in Litauen zeigt die Richtung an, in die es künftig gehen wird: Vorneverteidigung an den Außengrenzen

des Bündnisses. Es gilt die bittere Erkenntnis: der Angriffskrieg einschl. seiner hybriden Komponenten ist nach Jahrzehnten von Frieden und Stabilität nach Europa zurückgekehrt. Alle Ressourcen werden darauf konzentriert sein müssen, allein schon aus fiskalischen Gründen.

8.1.1 Antiterroreinsätze werden in Zukunft punktuell und zeitlich begrenzt ausgeführt werden. Aktuelles Beispiel: die multinationale Operation gegen den Huthi Terror im Roten Meer.

8.2 NATO oder EU? Wer ist künftig im Fahrersitz?

Wenn die Analyse richtig ist, dass die sicherheitspolitische Lage in Europa auf unabsehbare Zeit von einem aggressiven revisionistischen und neo-imperialen Russland geprägt sein wird, mit globalen Unterstützern, dann ist einzig die NATO mit ihrem transatlantischen Verbund die Verteidigungsorganisation der Wahl. Ohne die singulären militärischen Fähigkeiten der USA mit ihrem Europa einschließenden nuklearen Schutzschild, wäre die EU mit ihrer GSVP auf sich allein gestellt nicht nur politisch ***nicht handlungsfähig, sondern auch materiell nicht verteidigungsbereit, ja nicht einmal abschreckungsfähig***. („Wir sind mehr oder weniger blank...!“, Heeresinspekteur Alfons Mais, 24.02.2022). Dabei müssen wir Europäer bekanntermaßen in Rechnung stellen, dass der lagerübergreifende gesellschaftliche Konsens in den USA eindeutig in Richtung Isolationismus weist, und dies schon seit der Obama-Administration. Dies bedeutet, dass die Europäer im Bündnisrahmen einen deutlich größeren Beitrag an militärischen Fähigkeiten werden aufbringen müssen als

bisher. Finnland und Schweden als Neumitglieder machen gerade vor, wie das geht.

Damit ist aus meiner Sicht die Frage der Arbeitsteilung zwischen NATO und GSVP vor dem Hintergrund des neuen sicherheitspolitischen Zeitalters beantwortet: In einer Welt, in der sich der militärisch Starke das nimmt, was ihm opportun erscheint, zählen nur belastbare militärische Fähigkeiten mit dem Ziel glaubwürdiger Abschreckung, um militärische Aggression abzuwenden.

Die GSVP, eher bekannt für zeitraubende Beratungen, Prüfaufträge und Strategiepapiere denn für entschlossenes Handeln sollte alles daran setzen, den Beitrag an europäischen Fähigkeiten im Bündnisrahmen zu steigern, so wie die Bundeswehr dies gerade in Litauen tut.

Ideologiegeladene Bekenntnisdebatten auf EU-Seite über Gewicht, Bedeutung und Eigenständigkeit der GSVP in Abgrenzung zu den USA müssen der Vergangenheit angehören. Um die USA in Europa zu halten, zählen allein die europäischen Anstrengungen für verbesserte Fähigkeiten.

Natürlich kann es künftig auf europäischen Schauplätzen oder in der Peripherie zu kleineren Einsatzszenarien deutlich unterhalb der Schwelle eines russischen Angriffskrieges kommen, die im Einzelfall von der EU gehandhabt werden können sollten. Darauf sollte die GSVP vorbereitet sein. Die strategische Ebene der kollektiven Selbstverteidigung in der euro-atlantischen Region entsprechend des im Nato-Vertrag definierten geografischen Aktionsraumes der Allianz wird hingegen dem Bündnis vorbehalten sein.

9. Ich will mich abschließend nicht der Aufforderung entziehen, Lehren aus dem Afghanistan Einsatz zu ziehen.

Diese sind neben zahlreichen anderen:

- a) Die internationale Koordinierung solcher aus den genannten Gründen künftig unwahrscheinlichen Einsätze muss in den Händen einer etablierten und operationell erfahrenen Organisation liegen. Diese muss über klare, erprobte und konsentierte Verfahrensabläufe verfügen.
- b) Sollte der Einsatz mit militärischen Mitteln flankiert werden, wovon regelmäßig auszugehen ist, gilt das Gesagte ebenso für eine erprobte, etablierte und routinierte militärische Kommandostruktur. Die einzigen dafür in Frage kommenden Organisationen des politischen Westens sind die NATO und die EU, letztere mit ihrem sicherheits- und verteidigungspolitischen Instrumentarium, trotz aller bekannten Begrenztheiten.
- c) Gänzlich abzulehnen sind für solche Einsätze jeweils neu zu schaffende organisatorische ad-hoc-Strukturen (bisher gibt es dafür *kein* Beispiel). Die Reibungsverluste der Schaffung solcher ad-hoc-Strukturen wie Machtkämpfe um Führungspositionen und andere bürokratische Fragen würden den geplanten Einsatz von Anfang an belasten und wertvolle Zeit kosten: Alternativ: „Coalition of the willing“ (z.B. Ost-Timor 1999, Irak 2003).
- d) Bei alledem muss jedoch klar sein: noch so effiziente internationale Koordinierung und vernetzte zivile Akteure kommen an einer unabänderlichen Grund-

tatsache nicht vorbei: Einsätze wie in Afghanistan oder Mali sind keine linear planbaren Missionen. Das plötzlich auftretende Unerwartete ist die Regel, die Realität im Einsatzgebiet liegt hinter einer Nebelwand*(2) gesellschaftlicher und kultureller Eigenheiten, die mit noch so effizienten nachrichtendienstlichen Mitteln nicht aufzuklären sind. Dieses fehlende Kontextverständnis, gepaart mit der Illusion von Überlegenheit und militärisch-technischer Machbarkeit, hat vor einem weitgehend unbekannten sozio-kulturellen Hintergrund im Einsatzgebiet wiederholt in die Irre geführt. Ein noch so gut aufgestellter vernetzter Ansatz, eine noch so gut durchgeplante Verzahnung humanitärer, diplomatischer, militärischer, entwicklungs-politischer, polizeilicher und ökonomischer Faktoren wird diese Nebelwand („fog of war“) nicht auflösen können. Auf dieses unvermeidbare Hindernis wird auch künftig jeder Einsatz früher oder später stoßen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

- (1) Siehe hierzu auch die historische Ballade „Das Trauerspiel von Afghanistan“ von THEODOR FONTANE, London 1859 und deren zeitgenössische Vertonung durch NINA HAGEN 2009
- (2) Carl von Clausewitz „VOM KRIEGE“, Berlin 1832